



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe September 2007

Verantwortlich für die Beilage des „13.“: Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

Ein Erfolg für das Leben im Passauer Klinikum

„Es konnte vorerst noch mal abgewendet werden“, so die ersten Reaktionen nach dem Beschluß des Klinikausschusses, auch zukünftig keine rechtswidrigen Schwangerschaftsabbrüche im Klinikum Passau durchzuführen.

Erika Träger, Leiterin der Pro Familia Passau und zugleich Grünen-Stadträtin in Passau hatte sich in den letzten Wochen und Monaten vehement dafür eingesetzt, daß es Frauen in und um Passau bald möglich sein sollte, auch im Klinikum ungeborene Kinder „abtreiben“ zu lassen. Es

Sicherlich hat Frau Träger nicht daran gedacht, daß Pas-

sau in einer noch halbwegs funktionierenden katholischen Gegend liegt und die Bürger sich gegen ein bevorstehendes Unrecht stellen. So wurden wir, leider erst zwei Tage vor

dem Abstimmungstermin, über die Situation in Passau informiert und um Unterstützung gebeten. Es wurden Flugblätter auf den Weg gebracht, die am Abstimmungstag vor dem Klinikum und in der Innenstadt verteilt werden sollten. Eine Pressemeldung schickten wir an sämtliche Passauer Stadtratsmitglieder, an alle Abteilungen des Klinikums, an die Presse und sonstige in der Öffentlichkeit stehenden Persönlichkeiten.

Politische Willkür

sollte den abtreibungswilligen Frauen nicht zugemutet werden, weite Fahrstrecken für diesen „ambulanten Eingriff“ in Kauf nehmen zu müssen, so die Argumentation der Pro-Familia Mitarbeiterin. Am 20.7.2007 mußte nun der Klinikausschuß des Klinikums Passau darüber entscheiden, ob diesem Antrag der Grünen-Fraktion zustimmte werden sollte.

Deutlich abgelehnt

Deutlich, mit 10:3 Stimmen, wurde der Antrag abgelehnt. Das hätte sich Frau Träger vorher sicherlich auch nicht gedacht, oder?!

Wir bleiben wachsam!

Wir denken, daß allen, die sich in irgendeiner Weise gegen das neue bevorstehende Unrecht im Klinikum Passau eingesetzt haben, dieser Erfolg zugeschrieben werden muß.

Traurig stimmte allerdings die Meldung, daß einige Passauer Klinikärzte sich grundsätzlich bereit erklärt hätten, Abtreibungen durchzuführen. Das scheint die „Frucht“ der in der Klinik schon seit Jahren durchgeführten Spätabtreibungen (zum Beispiel nach medizinischer Indikation) zu sein. Scheinbar ist bereits das absolute Recht auf Leben auch im Passauer Klinikum auf der Strecke geblieben, denn anders ist eine solche Einstellung nicht erklärbar.

Haben die Mediziner vergessen, daß vor Gott keine sogenannte „medizinische Indikation“ Bestand haben kann?

Entwarnung kann für Passau leider nicht gegeben werden. Gerade der Verkauf der Passauer Hellge-Klinik an das Klinikum, die im Bereich der ambulanten Operationen Zuwächse zu verzeichnen hat und auch über eine gynäkologische Ambulanz verfügt, wirft die Frage neu auf: Hat Gottfried Kobluk, Chef des Klinikums, vielleicht vor, Abtreibungen in die Hellge-Klinik „auszulagern“?

Sehr geehrter Herr Kobluk! Viele Passauer Bürger werden wachsam Ihre weiteren Schritte und Aktivitäten bezüglich der Hellge-Klinik beobachten. Sie werden mit Widerstand, mit sehr großem Widerstand, rechnen müssen, sollten unsere Vermutungen zutreffend sein.

Wir hatten Helfer

Wir freuten uns, als wir erfuhren, daß die Münchner Gruppe „Helfer für Gottes kostbare Kinder“ auch in Aktion war. Innerhalb von nur 36 Stunden organisierten die „Helfer“ eine Gebetsvigil.

Am Abstimmungstag zogen die Teilnehmer, nach der heiligen Messe, betend und singend zum Klinikum und setzen somit auch ein Zeichen in der Öffentlichkeit. Nicht zuletzt durch die Meldung in Radio Horeb hatten sich viele Beter in Passau eingefunden, um an der Vigil teilzunehmen und den Himmel für das Leben und gegen den Tod im Gebet zu bestürmen, damit das Schlimmste in Passau verhindert wird.

Pornos und Pro Familia!

Pornos seien für Kinder und Jugendliche nicht schädlich, so das Fazit eines Berichts im „Darmstädter Echo“ vom 6.8.2007, der auch im Internet veröffentlicht wurde.

Ungeheuerliche Aussagen machte die Sexualpädagogin von „Pro Familia“ Darmstadt, **Karin Skoupil**, die jährlich etwa 4000 Grundschul Kinder „sexualpädagogisch berät“. Hier ein Auszug des Zeitungsberichts: „Unter Jugendlichen kursieren Internet-Adressen von Pornoseiten, manchmal führen tatsächlich auch Buchstabendreher zu einschlägigen Anbietern. Zwar gebe es für harte Pornographie auch eine Freiwillige Selbstkontrolle. Aber es gibt bei Milliarden Seiten genügend, die sich nicht daran halten, sagt **Karin Skoupil**. Wer Suchkompetenz hat – und das haben die meisten Kinder und Jugendlichen – für den ist es einfach, auf harte Pornographie zu kommen. Oder gar auf Sodomie. Schädlich ist das nicht, sagt die Sexualpädagogin. Wenn Kinder Pornoszenen sehen, sind sie zwar mit Sicherheit irritiert,

aber viele können das gut verarbeiten, weil sie es gewöhnt sind, daß Erwachsene ständig merkwürdige Sachen machen. Für ein Trauma brauche es allerdings schon etwas mehr.“

„Für Jugendliche gehört die Auseinandersetzung mit Pornographie dagegen zum ganz normalen Teil der sexuellen Entwicklung“, sagt sie, „sich daran zu erregen, ist etwas sehr Menschliches.“

Auf diese ungeheuerlichen Aussagen mußte reagiert werden.

In einer Pressemitteilung, die nicht nur die Deutschen Zeitun-

gen, sondern auch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages per Fax und E-Mail zugesandt wurde, wiesen wir auf diese folgenschwere Aussage der „Pro Familia“ hin. Auch den Bischöfen schickten wir unsere Meldung, arbeiten doch nicht wenige katholische Stellen mit „Pro Familia“ eng zusammen.

Die Aufklärungsmethoden der „Pro Familia“ gleichen eher einer Verführung, bewirken eine Versexualisierung der Kinder und Jugendlichen mit all ihren negativen Folgen für unsere Familien. Wir konnten nur

plakativ in unserer Presseaus-sendung die Mißstände aufzählen.

So auch die Tatsache, daß in den „Pro Familia“ eigenen Tötungseinrichtungen jährlich Tausende von ungeborenen Kindern ihr Leben lassen.

Anwälte reagieren

Unsere Pressemeldung stieß bei „Pro Familia“ nicht auf wohlwollende Ohren. Wir erhielten am 22. 8. 2007 ein Schreiben der Rechtsanwälte Richter aus Frankfurt, in dem man uns aufforderte, verschiedene Aussagen zukünftig zu unterlassen.

Lesen sie das als Faksimile abgedruckte Schriftstück links von diesem Text.

Einen solch einseitigen Vertrag sehen wir uns außerstande, zu unterschreiben.

In einem Schreiben an den Anwalt teilten wir dann unter anderem mit: „Nach Erhalt Ihres Schreibens habe ich meine Pressemeldung kritisch durchgelesen. Mir scheint es förderlich, meine Urteile weiter zu erläutern. Dies werde ich in Zukunft dann auch weiter so handhaben.“

Eine Antwort haben wir bisher auf dieses Schreiben noch nicht erhalten.

Wir, das heißt der unterzeichnete Günter Annen persönlich und der obengenannte Verein, verpflichten uns gegenüber dem Verein "pro familia, Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e. V., Bezirksverband Darmstadt-Bensheim", Landgraf-Georg-Str. 120, 64287 Darmstadt, folgende Äußerungen wörtlich und sinngemäß zu unterlassen:

1. Pro Familia ist eine "lebensfeindliche Organisation".
2. "Pro Familia sorgt dafür, daß bereits ab Kindergartenalter eine Verführung stattfindet."
3. Pro Familia unterhält einige medizinische Institute, "die jährlich über 70 % der Abtreibungstötungen in Deutschland "erledigen" ".
4. "Pro Familia tötete somit früher ca. 100.000 ungeborene Kinder jährlich und erhielt hierfür ein Blutgeld von Euros in zweistelliger Millionenhöhe."
5. In Bezug auf Pro Familia: "Eltern sollten nicht abwarten, bis ihre Kinder Opfer geworden sind!"

Wir verpflichten uns je einzeln, für jeden Fall der Zuwiderhandlung an den Verein "pro familia, Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e. V., Bezirksverband Darmstadt-Bensheim" eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 5.000,00 zu zahlen.

Datum

eigenhändige Unterschrift

Der „Pro Familia“-Anwalt Kurt-Hartwig Richter, Diplom-Ökonom, Rechtsanwalt und Notar, verlangt von Günter Annen eine Unterschrift unter dieses Dokument. Offensichtlich hält „Pro Familia“ wenig von freier Meinungsäußerung.

Der 11. September 2001 und seine Folgen sind Weltgeschichte geworden. Die Weltgemeinschaft rückte näher zusammen, um die Verbrecher des 11. September zu verfolgen. 3003 Opfer waren damals zu beklagen.

Die Terrorbekämpfung ist längst keine länderinterne Sorge mehr, sondern eine Angelegenheit der Weltgemeinschaft. Auch in Europa wächst die Gefahr des

Kommentar zum 11. September

islamischen Terrors. Auf der einen Seite gibt es die blutrünstigen Terroristen, die nun weltweit gejagt werden, auf der anderen Seite aber gibt es die blutrünstigen Abtreibungsmorde der geldgierigen Mediziner, die im Schutze der staatlichen Gesetze morden. Das ergibt in Deutschland über 1.000 Hinrichtungen an ungeborenen

Menschen pro Tag. 144.000 ungeborene Kinder werden täglich weltweit ermordet und dem Götzen „Wohlstand“ geopfert. Wir erleben täglich weltweit 47 Mal den „11. September“. Das sind nicht die Opfer des internationalen Terrors, das sind größtenteils die Opfer einer entarteten Wohlstandsgesellschaft. So lange die Welt-

gemeinschaft den Terror an den unschuldigen Menschen, den ungeborenen Kindern, duldet, fördert und sogar finanziert, so lange bleiben die Argumente der Terrorbekämpfung eine Farce. Seit dem 11. September 2001 sind weltweit über 300 Millionen Opfer der „Fristenlösung“ zu beklagen. Deutlicher kann man auf dieses Verbrechen gegen das Leben nicht mehr hinweisen.